Antrag



Kreistagsfraktion CSU/Landvolk Rainer Mattern Am Lindlein 1 96237 Ebersdorf Ebersdorf, 30.03.2021

Herrn Landrat Sebastian Straubel Lauterer Straße 60 96450 Coburg

(General-)Sanierung / Neubau der Heinrich-Schaumberger-Schule

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktion CSU/Landvolk beantragt die Überprüfung der Alternativen "Sanierung in verschiedenen kleinen Bauabschnitten", "Generalsanierung mit Auslagerung der Schule" und "Neubau der Schule, ggf. an einem anderen Standort" durch die Verwaltung, in Kooperation und enger Abstimmung mit den zuständigen Akteuren. Hierbei ist ein großer Augenmerk und Schwerpunkt auf den Neubau zu richten.

Den Alternativen sind neben den Kosten auch der laufende Betrieb und die Belastungen der Schülerinnen und Schüler durch Baumaßnahmen und den Mängeln im bestehenden Baukörper gegenüberzustellen.

Die Verwaltung des Landkreises Coburg wird beauftragt hierzu die weiteren Schritte einzuleiten.

Begründung

Die Bildungsregion hat sich unter anderem als Ziel "keiner darf verloren gehen" gegeben. Dieses Ziel richtet sich in aller Regel an die schwächsten Kinder und Jugendlichen, deren Teilhabechancen mit einer erhöhten Förderbedarf verbessert werden müssen. In diesem Bereich ist die Heinrich-Schaumberger-Schule einer der wichtigen Eckpunkte.

Die Förder-, Betriebs- und Eigentümerstruktur von Förderschulen ist der CSU/LV-Fraktion bekannt, soll für uns aber kein Feigenblatt sein, um sich den baulichen Themen nicht zu nähern und Vorschläge auf den Tisch zulegen bzw. mit den beteiligten Akteuren abzustimmen.

In den letzten Jahren, auch in Corona-Zeiten, wurde durch das Team von Lehrkräften, Pädagogen, Therapeuten und anderen Fachkräften hervorragendes geleistet. Die HeinrichSchaumberger-Schule war bereit auch neue Modelle, z.B., Stütz- und Förderklassen, zu entwickeln, anzubieten und mitzutragen.

Die Sanierungsmöglichkeit des Schulgebäudes, das in die Jahre gekommen ist und dem aktuellen Raumbedarf für Integration, Barrierefreiheit und Inklusion nicht entspricht, muss aus wirtschaftlichen Gründen geprüft werden – dies sieht das Förderrecht vor.

Aus Sicht der CSU/LV-Fraktion sind jedoch die Behebung der baulichen Einschränkungen, inklusive von (Teil-)Auslagerung in Container oder Anmietsituationen nicht wirtschaftlich. Wenn dann noch die Belastungen der Kinder und Jugendlichen durch Umzüge (verbunden mit Orientierungs- und Anfangssituation an wechselnden Orten), Baulärm als Störfaktor von Bildung und auch Emotionen und die zeitliche Dimension hinzukommen, sollte nach unserer Einschätzung der Fokus auf einem funktionsfähigen, modernen Förder- und Integrationscampus liegen. Dies ist die erfolgversprechendere Zielrichtung für die Zukunft der Bildungsregion in diesem Bereich.

Die Verwaltung des Landkreises Coburg hat für Baumaßnahme das notwendige Know-How und kann im Kreise der Akteure daher proaktiv die Stelle sein, die den Prozess einleitet

Mit freundlichen Grüßen,

Rainer Mattern